



Für ein Europa der Menschen und ihrer Regionen

Der Europäischen Union kommt als wirtschaftlichem wie politischem Zusammenschluss eine besondere Bedeutung in der europäischen Geschichte zu. Die Nationalstaaten sind längst zu klein geworden, um sich den vielschichtigen und komplexen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen und diese allein bewältigen zu können. Die Globalisierung macht an keiner nationalen Grenze halt. Den Herausforderungen von steigendem Wettbewerbsdruck, Ressourcenverknappung und Klimawandel kann nur mit großer Geschlossenheit als Voraussetzung wirkungsvollem Handelns begegnet werden.

Die EU bietet eine herausragende Chance, einen jahrzehntelangen Frieden in der Mitte Europas weiter zu festigen, bestehende Ressentiments auszuräumen, einen starken und konkurrenzfähigen Wirtschafts- und Sozialraum zu schaffen und so an der gemeinsamen Zukunft erfolgreich weiter zu bauen.

Dabei muss die regionale Vielfalt mit ihren Eigenarten, speziellen Bedürfnissen und Kompetenzen erhalten bleiben und gefördert werden.

Diese Vielfalt in der Einheit zu bewahren ist Aufgabe einer verantwortungsbewussten Europa-Politik, welche die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Zentralismus, praxisfremde Bürokratie und Postenschacherei etablierter Parteien haben das Ansehen der Europäischen Union bei vielen Bürgern beschädigt.

Eine überzogene Harmonisierung bewährter kommunaler und nationaler Verfahren ist kontraproduktiv. Das Subsidiaritätsprinzip, daher die Selbstverantwortung zu stärken bedeutet auch, die regionalen Strukturen zu stärken.

Europa muss eine Gemeinschaft seiner Menschen und ihrer Regionen sein, um das grundlegende Ziel zu erreichen: Das Zusammenleben in Frieden und Wohlstand zu ermöglichen, ohne die Freiheit des Einzelnen zu ersticken.

Für die Zukunft Europas fordern wir FREIEN WÄHLER:

- Gesunder Menschenverstand statt Eurokratie!
- Mehr Demokratie und Transparenz!
- Kooperation statt Konfrontation!
- Synergien nutzen, Individualität bewahren!
- Heute handeln in Verantwortung für Morgen!



Strukturen und Prozesse

Seit mehr als 50 Jahren ist die Europäische Union ein Projekt der Eliten. Es hat bisher kaum jemanden interessiert, ob sich die Europäer mit Europa identifizieren können oder nicht. Vielfach werden die Menschen vor vollendete Tatsachen gestellt. Einen echten Zugriff auf Entscheidungen hatten und haben die Menschen in den meisten EU-Mitgliedsstaaten nicht. Eine hinreichend basisnahe und demokratische Bürgerbeteiligung gibt es bisher nicht.

Als einziges Gremium wird das Europaparlament von den Bürgern gewählt.

Doch wann, warum und worüber es entscheidet, darüber haben die Bürger nur wenig Kenntnis. Die wichtigen Entscheidungen fallen in Hinterzimmern und die Abläufe sind so kompliziert, dass sie ein normaler Mensch nicht verfolgen kann.

Auch bedeutende Entscheidungen fallen in der EU anders, als in den Nationalstaaten.

Während nationale Entscheidungen nach dem Prinzip „erst Fragen stellen, dann öffentlich diskutieren, später entscheiden“ gefällt werden, verlaufen EU-Entscheidungen in der Wahrnehmung der Bürger mehrheitlich im Sinne einer bereits beschlossenen Sache. Diskussionen im öffentlichen Raum finden häufig erst statt, wenn diese auf EU-Ebene bereits beendet und entschieden sind.

Hier gilt es anzusetzen, indem heikle EU-Themen frühzeitig auch auf Ebene der Kommunen, Länder und im Bundestag diskutiert werden und nicht erst vor Wahlen ins Licht der Öffentlichkeit gerückt werden.

Wir FREIEN WÄHLER können dieses Demokratiedefizit der europäischen Legislative als neue politische und bürgernahe Kraft am ehesten bekämpfen.

Demokratisierung und Institutionen

Der Lissabon-Vertrag schafft Verbesserungen, indem Aufgaben und Verantwortungen innerhalb der EU klarer definiert werden. Das Europaparlament erhält durch ihn mehr Kontrollrechte, auch Bürgerbegehren werden zugelassen.

Trotz aller neuen Befugnisse für das Parlament ist die EU-Kommission es bisher aber nach wie vor das Organ mit dem größten Demokratie-Defizit. Eine Kontrolle der EU-Kommission oder des Rates der Europäischen Union ist durch die gewählten Europaparlamentarier derzeit kaum möglich. Eine Rückkopplung an die Bürger der Europäischen Union ist zudem äußerst schwach ausgeprägt.

Das Parlament als Vertretung der Bevölkerung muss auf EU-Ebene deutlich mehr Kontrolle über die EU-Kommission und mehr Einfluss auf den Rat der Europäischen Union durch die gewählten Parlamentarier bekommen. Die Diskussion mit den Bürgern vor Entscheidungen muss intensiviert werden.



Die Kompetenzen der EU müssen auf demokratischer Basis verstärkt werden. Die Gewaltenteilung als Prinzip des Rechtsstaates muss auch in der EU auf allen Ebenen erhalten oder hergestellt werden. Die Legislative darf auf keinen Fall durch die Exekutive ersetzt werden. Kommission und Ministerrat bedürfen einer größeren, demokratischen Kontrolle, die zunächst durch die nachhaltige Stärkung der Rechte des Europaparlaments herbeizuführen sind.

Langfristig sollte sich eine „Neue EU-Kommission“ aus gewählten Parlamentariern zusammensetzen und eine das Parlament nur unterstützende Rolle erhalten. Ihr könnte als eine der wesentlichen Aufgaben zum Beispiel die Erarbeitung und Vorstellung eines echten EU-Haushaltes zufallen – die Verabschiedung dieses Haushaltes muss jedoch dem EU-Parlament und EU-Rat gemeinsam vorbehalten bleiben.

Darüber hinaus halten wir FREIEN WÄHLER Volksabstimmungen zu grundlegenden Themen, wie beispielsweise zum Beitritt der Türkei oder zum Lissabonner Vertrag für unverzichtbar, um die Bürger direkt in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Auch der Einfluss von Lobbyisten auf die EU-Politik ist in Anbetracht des Demokratiedefizits kritisch zu hinterfragen.

Nach den USA verfügt die EU weltweit über die zweitgrößte Lobbyindustrie. Aktuell sind 4570 Personen beim Parlament akkreditiert. Dies ist auch fast schon die einzige verlässliche Zahl, wenn es um das Thema „Lobbying“ in Brüssel geht. Alles andere sind Schätzungen – sie schwanken meist zwischen 15.000 und 20.000 hauptberuflichen Brüsseler Lobbyisten. Somit kämen auf jeden EU-Parlamentarier rund 20 Lobbyisten. Genaue Zahlen europäischer Interessengruppen schwanken ebenfalls beträchtlich – zwischen 1450 und 2600.

Diese Lobbyisten haben Zugang zu exklusiven Arbeitsgruppen wie den europäischen Arbeitskreisen; dort stehen sie in direktem Kontakt mit EU-Kommissaren und Ministern. Zudem nehmen sie an etwa 1800 Fachausschüssen der EU-Kommission teil und agieren als Berater der Beamten bei der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen. Aufgrund ihrer finanziellen und infrastrukturellen Kapazitäten gelingt es der Wirtschaft – im Gegensatz zu zivilgesellschaftlichen Gruppen – die europäische Interessenspolitik besser zu verfolgen und zu beeinflussen.

Der immer weiter zunehmende Lobbyismus in der EU-Politik ist kritisch für die Akzeptanz des europäischen Gedankens in der Bevölkerung. Geeignete Maßnahmen, wie z.B. Sperrzeiten für leitende Beamte und Parlamentarier nach deren Ausscheiden aus Gremien oder Organen der EU und die wirksame Kontrolle der EU-Organe durch das parlamentarische System müssen durch- und umgesetzt werden.

Die Kommission und auch das Parlament müssen den Umfang und die Einflussnahme von Lobbyisten durch die Einführung eines verbindlichen Lobbyregisters massiv beschränken. Nur so wird die Beeinflussung von Politik offenkundig und transparent.



Wir FREIEN WÄHLER können das europäische Demokratiedefizit als unabhängige, politische und bürgernahe Kraft am ehesten bekämpfen.

Entbürokratisierung

In der Bevölkerung herrscht großer Unmut über die als fernes Bürokratieungetüm erlebte EU. Entgegen dem Subsidiaritätsprinzip kommt es in einigen Politikbereichen immer wieder zu starken Eingriffen in die kommunale und regionale Selbstverwaltung.

Viele EU-Verordnungen und EU-Richtlinien sind nicht nur mit überbordender Bürokratie angereichert, sondern zudem fragwürdig.

Darüber hinaus sind die Vorgaben für EU-weite Ausschreibungen äußerst kompliziert: lange Verfahren führen zu Ausschreibungen, die mehrere Monate dauern.

Die Beteiligung internationaler Wettbewerber ist daher auch heute noch gering; lediglich große Unternehmen, teilweise internationale Konzerne sind unter den Bewerbern.

Mittelständische Unternehmen und auch Handwerker verfügen kaum über die Informationen, wann, wo und wie Ausschreibungen erfolgen.

Großunternehmen entwickeln dadurch mehr Marktmacht. Mittelständische und kleine Unternehmen werden aus dem Markt gedrängt und überleben nur in regionalen Nischen.

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, Informationspflichten, Handelsstatistiken, Arbeitsrecht, Umweltrichtlinien, Gleichstellungsregeln usw. zu entflechten und zu vereinfachen, um Wachstum zu fördern, Bürokratie abzubauen und Milliardenbeträge einzusparen.

Subsidiarität – Kompetenzen und Verantwortung

Eine Vielzahl an EU-Vorschriften, Richtlinien und Erlasse wirken auf kommunale und regionale Körperschaften ein.

Das Subsidiaritätsprinzip wird dabei oft unterlaufen und muss künftig konsequent angewandt werden

Ob Entscheidungen auf EU-Ebene oder in einzelnen Mitgliedsstaaten gefällt werden, darf nicht den EU-Organen oder dem EuGH überlassen werden, sondern muss in den Mitgliedsstaaten geprüft werden. Sowohl die Entscheidungsfindung als auch die Umsetzung muss daher nach dem Prinzip der Subsidiarität erfolgen.

Nur wenn praktische kommunale und regionale Kompetenz im Europaparlament vertreten ist, können Fehlentscheidungen und kontraproduktive Gesetze verhindert werden.

Wir FREIEN WÄHLER wollen die regionale und kommunale Selbstverwaltung stärken.



Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik

Viele Probleme sind in einer globalisierten Welt nur gemeinsam zu lösen. Hierzu muss die EU zu einem wirksamen Instrument werden.

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sind konsequent weiterzuentwickeln.

Kooperation muss gefördert werden, um Konfrontation zu vermeiden. Der Einsatz ziviler Instrumente zur Konfliktlösung hat oberste Priorität - mit einer glaubwürdigen militärischen Kapazität im Hintergrund.

Auch eine Ausstattung mit den notwendigen staatsübergreifenden Kompetenzen muss in Zukunft angestrebt werden, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden.

Die Schaffung eines „echten“ außenpolitischen Amtes (EU-Außenminister) mit tatsächlicher Vertretungskompetenz aller Mitgliedsstaaten würde ermöglichen, dass Europa in der Außenpolitik und v. a. in den internationalen Gremien mit einer Stimme sprechen kann.

Auch der Aufbau zentraler Kommando- und Organisationsstrukturen für militärische und sicherheitsrelevante Aspekte sowie die Integration nationaler Strukturen in EU-weite Systeme sind anzustreben.

Europa kann es sich auf Dauer weder operativ noch finanziell leisten, Organisationen und Systeme in 27-facher Ausführung für dieselben Aufgaben bereit zu halten. Bisher rein auf nationale Ebene beschränkte Spezialfähigkeiten und Expertisen, wie etwa bei Logistik und Transport, maritimen Aufgaben, Sicherung des Luftraums, medizinischer Versorgung usw., müssen europaweit verfügbar sein und möglichst zentral betrieben werden.

Es ist notwendig, nationale Entscheidungskompetenzen für humanitäre, friedenserhaltende und friedensdurchsetzende Maßnahmen an zentrale Stellen der EU zu übertragen.

Wir FREIEN WÄHLER fordern, das EU-Parlament mit weiter reichenden Kompetenzen auszustatten und Mehrheitsentscheidungen analog der Entscheidungsgewalt des deutschen Bundestages zu treffen.

Friedens- und Entwicklungspolitik

Die Entwicklungspolitik als eines der Hauptinstrumente der Friedenspolitik der Europäischen Union muss zum Ziel haben, den Menschen in ihren Heimatländern ein Leben in Würde und Freiheit unter Beachtung des umfassenden Menschenrechtsbegriffs zu ermöglichen.

Kriterium für die Vergabe von Entwicklungshilfegeldern an Regierungen muss „gute Regierungsführung“ (Korruptionsbekämpfung, Verwaltungstransparenz, Rechtsstaatlichkeit usw.) sein.

Doppelstandards der EU-Wirtschaftspolitik müssen überprüft werden.



Innere Sicherheit

Die legislative Kontrolle des Europäischen Parlaments gegenüber der Europäischen Kommission wird durch den Vertrag von Lissabon verbessert. Sie reicht aber nicht aus, um einen europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit, des Rechts und der Solidarität zu verwirklichen.

Der Vertrag von Lissabon sieht eine Konsolidierung des rechtlichen Rahmens europäischer Kooperation im Bereich der Innen- und Justizpolitik vor. Durch die Grenzöffnungen hat sich aber nicht nur der internationale Handel ausgeweitet. Mit dem damit verbunden Wegfall systematischer Grenzkontrollen haben sich neue Dimensionen internationaler Kriminalität entwickelt.

Wir FREIEN WÄHLER fordern daher, dass in diesen Bereichen eine verstärkte und erleichterte Zusammenarbeit stattfindet. Zur besseren Koordination grenzübergreifender Maßnahmen sind bereits vorhandene zentrale Organisationen zu stärken bzw., wo sie fehlen, zu schaffen.

Innenpolitische Themenbereiche

Wirtschaftspolitik

Chancengleichheit

Die Weltwirtschaftskrise hat auch auf Europa enorme Auswirkungen. Die EU ist für die Krise schlecht aufgestellt. Das im November 2008 verkündete europäische Konjunkturprogramm, um der „Rezession Einhalt zu gebieten“, besteht aus vorgezogenen oder umgeschichteten Maßnahmen und Mitteln, nicht aus zusätzlichen. Es ist in Wahrheit eine Zusammenfassung bereits vorhandener Programme, und so subventionieren die Mitgliedsstaaten momentan grenzenlos. Der regulierende Einfluss der Kommission ist zur Formalität verkommen.

Zudem bewirken Subventionen ein unwirtschaftliches Marktverhalten. Mit Exportsubventionen werden z.B. außerhalb der EU Märkte zerstört und innerhalb der EU Mitnahmeeffekte ausgelöst.

Die derzeitige EU-Strukturförderung führt zu einer Verlagerung von Arbeitsplätzen innerhalb der EU. Es darf nicht sein, dass mit EU-Mitteln neue Industriegelände erschlossen werden so dass ein innereuropäischer Subventionswettbewerb stattfindet, der zur Arbeitsplatzvernichtung am EU-Altstandort führt.

Es werden Steuergelder verschwendet, um Fördertöpfe für zweifelhafte Maßnahmen einzurichten.

Das EU-Subventions- und Fördertopfwesen muss überdacht und reduziert werden. Als wirtschaftspolitisches Lenkungsinstrument sind Subventionen schlecht geeignet und daher



drastisch in allen Bereichen zurückzufahren. Wo Subventionen und Strukturhilfen nötig sind, müssen diese auf ihre Effizienz, Ausrichtung und Nachhaltigkeit hin untersucht werden. Darüber hinaus muss geprüft werden, ob einige Subventionen zeitlich zu befristen sind und insgesamt einer kontinuierlichen Prüfung unterzogen werden.

Wir FREIEN WÄHLER fordern daher eine größere Transparenz und Kontrolle von EU-Subventionen und Strukturfördermaßnahmen.

Forschung

Das Potenzial einer gemeinsamen europäischen Forschungspolitik ist nicht nur für den Umgang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise von zentraler Bedeutung. Synergie- und Wissenstransfereffekte europäischer Forschungsprogramme müssen unterstützt werden.

Eine entscheidende forschungspolitische Weichenstellung wurde mit der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung vorgenommen. Ziel ist es, die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen.

Die Strategie zur Bündelung und Integration der europäischen Forschung unter dem Titel *Europäischer Forschungsraum* beinhaltet die Zielvorstellung einer Investition von 3 % des Bruttoinlandsprodukts der Mitgliedsstaaten in Forschung und Entwicklung bis zum Jahr 2010.

Wir FREIEN WÄHLER unterstützen die Forderung und Umsetzung einer 3 % BIP-Investition in den Bereich der Innovation und Forschung.

Darüber hinaus sollte ein angemessener Austausch kompetenter Forscher sowie die Einrichtung und Vernetzung von Spitzenforschungseinrichtungen gefördert werden.

Klima und Umwelt

Klima- und Umweltschutz bedeutet nicht nur die Rettung der Welt „in letzter Minute“, sondern ist mehr denn je ein exponentiell wachsender Wirtschaftsfaktor mit Potenzial für Wissenschaft, Forschung, Arbeitsplätze und nicht zuletzt für Wohlstand.

Noch nie war das Übernehmen von Verantwortung für den Fortbestand unserer Welt so eng mit kurzfristig wirtschaftlichem Nutzen in den Regionen verbunden.

Die EU-Klimaschutzrichtlinie gibt lediglich einen Mindestrahmen vor, dessen Einhaltung unbedingt kontrolliert und laufend fortgeschrieben werden muss. National muss sich die Erkenntnis durchsetzen, dass das freiwillige Übertreffen dieser Richtlinie dem wirtschaftlichen Wohl der jeweiligen Regionen dient. Das Aktivieren von Energieeinsparpotenzialen und die gleichzeitige dezentrale Erzeugung erneuerbarer Energien werden zur Herausforderung des Jahrhunderts.



Industrie, Gewerbe, Behörden und private Haushalte müssen zu einer Energiewende motiviert werden. Hierzu bedarf es neuer, nachhaltiger Fördermechanismen.

Die Energie- und Wasserversorgung als Daseinsvorsorge ersten Ranges ist aus gewinnorientiert arbeitenden Konzernen herauszulösen und möglichst in öffentliche Hände zu legen.

Europa muss die Führungsrolle in der Klima- und Umweltpolitik übernehmen und seine Erkenntnisse und Entwicklungen den Schwellen- und Entwicklungsländern zur Verfügung stellen.

Lokal denken, europäisch handeln und global projizieren hilft unserer Welt wieder auf die Beine.

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für einen konsequenten Klimaschutz und gegen Energieverschwendung ein. Da die Klima- und Umweltpolitik längst keine rein nationale Herausforderung mehr ist, fordern wir FREIEN WÄHLER, diese noch stärker als gemeinsame Aufgabe und in engerer Abstimmung diverser Themenfelder (Wirtschafts-, Sicherheits-, Umweltpolitik etc.) innerhalb der Europäischen Union anzusehen.

Um eine größere Diversifizierung der Energieressourcen und eine höhere Energieeffizienz im Zuge einer nachhaltigen klimafreundlichen Politik zu erzielen, fordern wir FREIEN WÄHLER zudem mehr gemeinsame Forschungsanstrengungen im Bereich neuer und alternativer Energien.

Sozialpolitik

Aufgaben wie die der Gesundheitsversorgung, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf u. a. sind wichtig für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

Europa ist in erster Linie eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sicherheit und soziale Wohlfahrt hinken der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung hinterher.

Obwohl die Gestaltung der nationalen Gesundheitssysteme durch die EU stark beeinflusst wird, im Zusammenwachsen der Europäischen Gemeinschaft begründet und der Tatsache zuzuschreiben ist, dass die wirtschaftliche Harmonisierung Zwangsläufigkeiten entwickelt hat, besteht doch die Verpflichtung - nicht nur für die Sozialversicherungs- und Gesundheitssysteme - die nationale Kompetenz zu erhalten. Eine Harmonisierung der Systeme ist nicht anzustreben. Bestehende Mängel der jeweiligen nationalstaatlichen Systeme müssen auch national beseitigt werden.

Trotzdem macht es Sinn, auf europäischer Ebene jene Aspekte zu thematisieren, die überregional und gemeinsam zum Besseren bearbeitet werden können. Unterschiede z. B. in den Gesundheitssystemen bei der Preisbildung für Arzneimittel, bei den Haftungsbedingungen für Hersteller, bei dem Verschreibungsstatus und auch bei der Arzneimittelzulassung gilt es demnach auszugleichen.



Ferner sollen im Allgemeinen weiterhin einzelne Aspekte auch anderer Bereiche im Zusammenhang übergeordneter Aufgaben in die Arbeit der EU einfließen können, wie dies bspw. bereits im Zuge des Kulturaustausches in Form der Erasmus- und Leonardo-Programme sowie bei Städtepartnerschaften geschieht.

Die grenzüberschreitende Inanspruchnahme von auch öffentlichen Dienstleistungen, die infolge der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes weiter zunehmen wird, macht es ebenfalls notwendig, mehr zwischenstaatliche Kooperation und mehr Transparenz anzustreben.

Der demographische Wandel, der Beitritt neuer Staaten, die Sicherung von Solidarität und Selbstbestimmung in den Mitgliedsstaaten bedarf weiterer Vereinbarungen und einer intensiven europaweiten Zusammenarbeit.

Ziel einer gemeinschaftlichen Politik muss es sein, den Lebensstandard in allen Regionen der EU auf hohem Niveau herbeizuführen bzw. zu konsolidieren.

Aufgrund des Demokratiedefizits auf europäischer Ebene sowie unter Hervorhebung des Subsidiaritätsprinzips lehnen wir FREIEN WÄHLER zum jetzigen Zeitpunkt aber eine umfassende Abgabe der nationalen Kompetenzen im Bereich der Sozialpolitik an die EU ab.

Ländlicher Raum

Über 56 % der Bevölkerung der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union lebt in ländlichen Gebieten, die 91 % der Fläche der EU ausmachen. Die ländlichen Gebiete Europas versorgen uns mit den notwendigen Rohstoffen und Lebensmitteln. Sie sind Orte der Naherholung mit hohem Freizeitwert. Ländliche Gebiete sind grüne Lungen – eine wertvolle Unterstützung im Kampf gegen den Klimawandel.

Doch das Durchschnittseinkommen pro Kopf ist auf dem Land niedriger als in Städten, die Infrastruktur und der Dienstleistungssektor (Stichwort DSL) ist weniger entwickelt. Auch ist der Erhalt dieser Kulturlandschaft nicht kostenfrei zu haben.

Es ist jedoch eine bittere Erkenntnis, dass die bisherige Ausrichtung der Agrarpolitik eine erhebliche Mitverantwortung für etliche Probleme trägt: die mangelhafte ökologische Qualifizierung von noch immer über 90 Prozent der Ausgaben des EU-Agrarhaushalts und auch die Art und Weise der Zuteilung der Zahlungen an die Betriebe steht stark in der Kritik.

Wir FREIEN WÄHLER begrüßen die Vielzahl der Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft sowie die allgemeine inhaltliche Schwerpunktverlagerung hin zur Entwicklung des ländlichen Raums als Ganzes.

Alle Förderprogramme sind verstärkt darauf auszurichten, dass sie positive Wirkungen auf den Erhalt ländlicher Regionen, deren Arbeitsplätze, die biologische Vielfalt, Tier- und Umweltschutz zeigen.



Es muss das Ziel der EU-Agrarpolitik sein, nachhaltiges Wirtschaften und den Erhalt der Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die EU muss darauf bedacht sein, dass sich die Bevölkerung in ihren Mitgliedsländern gesund ernährt. Die Bodenfruchtbarkeit sollte durch eine stärkere Nachhaltigkeit in der Landnutzung erhalten bleiben. Bei Versorgungskrisen muss die erreichte Lebensqualität sichergestellt sein. Aufgrund des großen Umfangs des Agrarbudgets gilt es, die parlamentarische Kontrolle der EU-Kommission weiter auszubauen, um somit auch in der Agrarpolitik mehr Transparenz zu schaffen.

Wir FREIEN WÄHLER fordern daher in vielen Gebieten des Agrarbereichs eine Rückübertragung der Zuständigkeiten auf die Mitgliedsstaaten.

„Frischer Wind für Europa“

Zentralismus, praxisfremde Bürokratie, Postenschacherei und Lobbyismus etablierter Parteien haben das Ansehen der Europäischen Union bei vielen Bürgern beschädigt. Fehlentwicklungen auf vielen Politikfeldern sind nicht mehr zu leugnen.

Europa muss eine Gemeinschaft seiner Menschen und ihrer Regionen sein, um das grundlegende Ziel zu erreichen:

Das Zusammenleben in Frieden und Wohlstand zu ermöglichen, ohne die Freiheit des Einzelnen zu ersticken.

Wir Kandidaten der FREIEN WÄHLER stehen für „frischen Wind für Europa!“:

- *Gesunder Menschenverstand statt Eurokratie*
- *Mehr Demokratie und Transparenz*
- *Kooperation statt Konfrontation*
- *Synergien nutzen, Individualität bewahren*
- *Heute handeln in Verantwortung für Morgen*

Besuchen sie uns unter:

www.fw-europa.eu
www.fw-lounge.eu

Beschlossen am 04. April 2009 in Frankfurt am Main.